

Integrationshürden wahrnehmen!

»...vor allem unser Bildungssystem muss den Umgang mit der wachsenden gesellschaftlichen Vielfalt lernen. Integrationspolitik ist damit mehr als Ausländer- oder Minderheitenpolitik, auch mehr als Sprachförderung und Eingliederungshilfe. Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft ist Gesellschaftspolitik. Politische Handlungskonzepte müssen die Lebenssituation einer wachsenden Bevölkerung mit Migrationshintergrund regelmäßig und in allen Bereichen mit berücksichtigen.«, sagte die ehemalige Bundesbildungsministerin Frau Bulman.

Nach der Veröffentlichung des Briefes der Lehrerinnen und Lehrer der Rütli-Schule in Berlin und den bundesweiten Reaktionen von Politikern stellte sich die Frage nach einer gelingenden Integrationspolitik wieder einmal in aller Schärfe.

Jahrzehntlang wurde Deutschland nicht als Einwanderungsland anerkannt. Obwohl MigrantInnen seit 50 Jahren in Deutschland leben und arbeiten, hatten sie nie die Chance, an dieser Gesellschaft teilzuhaben. Sie durften nicht mal auf den kommunalen Ebenen wählen und gewählt werden. Ihre soziale Lage ist prekär. Wenn sie arbeitslos werden, haben sie erheblich größere Schwierigkeiten als Einheimische, einen neuen Job zu finden.

Die Bildungschancen »ausländischer« Jugendlicher hierzulande sind ernüchternd: Vier von zehn MigrantInnen in Deutschland im Alter zwischen 20 und 30 Jahren haben keinen Berufsabschluss und jeder Fünfte hat nicht mal einen Hauptschulabschluss. Die PISA-Studie belegt schwarz auf weiß, dass es mit der Chancengerechtigkeit im deutschen Schulsystem nicht weit her ist. Aber Jugendliche, die keinen Schulabschluss haben, haben auch keine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz. So ist es inzwischen unumstritten, dass viele Jugendliche mit Migrationsherkunft für sich keine Perspektive mehr sehen. Dies ist die eine Seite des Problems.

Die andere Seite ist, dass durch mangelnde Integrationsmöglichkeiten die MigrantInnen sich weiterhin als »die Anderen« begreifen müssen und als »die Fremden« ausgegrenzt bleiben. Dies verweist sie auf ihr Herkunftsland zurück, weshalb in der Regel dieses Herkunftsland und dessen politisches Agieren eine große Rolle spielen kann und auch spielt. Jugendliche sind auf der Suche nach Identität. Die Identitätsbildungsphase wird von äußeren und inneren sozialen, politischen und wirtschaftlichen Faktoren beeinflusst. Wenn z.B. türkische Tageszeitungen, TV-Sender (inzwischen Hunderte von TV-Sender) nur von türkischer Identität, nationalem Stolz, nationaler Ehre berichten, werden die Eltern der hier in Deutschland geborenen Jugendlichen sich mit der Integration in diese Gesellschaft schwer tun. Die Jugendlichen werden dadurch zwischen Herkunfts- und Aufnahme-Kultur hin und her gerissen. Dies beobachten wir bei Jugendlichen, die vom Jugendgericht verpflichtet wurden an Anti-Aggressionstrainings teilzunehmen. Leider wird in

bestimmten Ländern Gewalt fast systematisch gelehrt, Ehre und Stolz als nationale Eigenschaft propagiert. Obwohl die Jugendlichen von ihrer Herkunftskultur nicht viel wissen, sind sie bereit, sich für diese Kultur zu opfern. Märtyrer zu sein oder einer zu werden, ist in diesen Ländern bei Jugendlichen ein aktueller Wunsch geworden. »Ehrenmorde« gehören dazu. Dies führt bei Jugendlichen auch zur Gewaltverherrlichung hier im Lande.¹ Die Gefahr besteht darin, dass das nicht erkannt wird.

Jean Paul Sartre sagte: »Gewalt lebt davon, dass sie von den Anständigen nicht für möglich gehalten wird.« Darum muss man in der Integrations-Debatte nicht nur die Aufnahmegesellschaft kritisieren, sondern auch die Herkunftsgesellschaft.

Aber Schuldzuweisungen und populistische Ansprachen in der Art der Herren Stoiber und Schäuble führen zu keiner Lösung. Sie praktizieren nur eine Denkweise, die, wenn sie sich äußert, konsequent und im Wortsinn Hülsen produziert. »Hülsen«, das heißt: Die äußere Form der Rede besitzt eine bestimmte Art von Oberflächen-Logik, so dass vielen nicht auffällt, dass da der Kern, der Inhalt eben, fehlt.

Nationalismus und religiöse Propaganda der Herkunftsländer und fremdenfeindliche Reden in der Aufnahmegesellschaft verhindern beide den dringend notwendigen Integrationsprozess.

Wichtig wäre, neue Konzepte zusammen mit den Herkunftsländern zu entwickeln. Integration kann nur stattfinden, wenn alle Seiten sich von negativen Zuschreibungen an »Anderen« und »Fremde« befreien. Ausortieren, abschieben, in Sonderschulen stecken oder in Gewahrsam nehmen, werden nicht zur Integration führen.

Als erstes aber muss die Realität akzeptiert werden: Deutschland ist ein Einwanderungsland!

Es geht nicht mehr um das Ob, sondern allenfalls um das Wie von Integration.

von Haci Erdogan

Mitarbeiter der Jugendhilfe
Anti-Aggressivitätstrainer bei der AWO München



¹ Das Problem Gewalt in Schulen hat aber nicht nur mit türkischen oder arabischen Jugendlichen zu tun. Es ist ein gesellschaftliches Problem. Gewalt gibt es in jedem Land. In sozial schwachen Stadtteilen von Großstädten wie in Istanbul, Rom, New York wie auch in Berlin ist Gewalt ein bekanntes Phänomen.